



Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus Vossemer MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/478

A05

17. November 2022
Seite 1 von 3

Aktenzeichen:
Z.11
bei Antwort bitte angeben

Ina Brandes

Schriftliche Beantwortung von Fragen der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06 des Haushaltsplanentwurfs 2023 im Hauptausschuss

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zu den mit Schreiben vom 15. November 2022 übermittelten Fragen der AfD-Fraktion zum Entwurf des Landeshaushalts 2023 im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses nehme ich in der Reihenfolge der Fragen wie folgt Stellung:

Die Träger der Einrichtungen der politischen Bildung erhielten und erhalten keine Förderung aus Kapitel 06 070 Titel 684 21.

Die Kosten des Filmprojekts "Corona-Proteste: Staatsfeindschaft aus der Mitte?" von Rainer Fromm betragen insgesamt 33.705,00 Euro.

Die Frage der Notwendigkeit einer rechtlichen Beratung zu diesem Filmprojekt liegt in der Verantwortlichkeit des beauftragten Filmproduzenten.

In den Jahren 2021 und 2022 wurden keine Maßnahmen oder Veranstaltungen im Bereich der Flüchtlingsthematik gefördert.

Die Einrichtungen der politischen Bildung und auch die anderen Weiterbildungseinrichtungen bieten aus ihrer Regelförderung, veranschlagt bei Kapitel 06 072 Titel 684 20, unterschiedliche Maßnahmen und Projekte im Bereich der Flüchtlingsthematik an. Diese Maßnahmen und Projekte

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4112
Telefax 0211 896-4555
poststelle@mkw.nrw.de
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)



konnten in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht bei den Einrichtungen erfragt werden. Mit der erfolgten Verlagerung der Mittel für die Einrichtungen der politischen Bildung in das Kapitel 06 072 verblieb bei Kapitel 06 070 Titel 684 20 ein Restansatz für besondere Angebote im Bereich der Flüchtlingsthematik. Entsprechende besondere Angebote erfolgten in besagtem Zeitraum im Kontext der Covid-19-Pandemie nicht.

Bezüglich der Förderungen im Haushaltsjahr 2023 liegen derzeit noch keine konkreten Projektplanungen vor.

Bezüglich der Beteiligung von Glaubensgemeinschaften und Moscheegemeinden wird auf die oben stehende Ausführung verwiesen.

Die im Haushaltsjahr 2022 aus Kapitel 06 070 Titelgruppe 60 und Titel 684 22 geförderten Träger können der Anlage 1 entnommen werden.

Die Mobile Beratung ist ein Angebot für Menschen, die Unterstützung nach rechtsextremen Vorfällen suchen oder sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen. Sie versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe, bietet Hintergrundinformationen sowie Analysen und erarbeitet gemeinsam mit den Hilfesuchenden Handlungsstrategien. In diesem Rahmen berät die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus auch zu den „Grauen Wölfen“.

Der Titel 684 22 bezieht sich auf die Phänomenbereiche Rechtsextremismus und Rassismus – eine Förderung von Projekten zur Auseinandersetzung mit Linksextremismus und auslandsbezogenen Extremismus ist unter diesem Titel nicht möglich. Für den Phänomenbereich Islamismus wird auf die Auflistung zur Förderung aus Kapitel 06 070 Titel 684 23 verwiesen.

Der Etat der Landeszentrale für politische Bildung wird grundsätzlich nicht einzelnen Phänomenbereichen des politischen und religiösen Extremismus zugeordnet. Die einzigen Ausnahmen sind die Aufgabenbereiche Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus im hier angesprochenen Titel 684 22 und Beratungsleistungen gegen Islamismus im Titel 684 23. Diese gesonderte Ausweisung von Aufgabenbereichen ist auf akute gesellschaftliche Bedrohungs- und Bedarfslagen in den genannten Phänomenbereichen zurückzuführen.



Die aus Kapitel 06 070 Titel 684 23 geförderten Projekte können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Projektbezeichnung	Träger	2021	2022
Plan P – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung	AJS Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugend-schutz NRW e.V.	120.000 €	199.400 €
Bildmachen – Radikalisierungsprozesse und politische Bildung in digitalen Lebenswelten	AJS Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugend-schutz NRW e.V.	80.000 €	-
ExPO-NRW.Dok - Extremismus Prävention Online in Nordrhein-Westfalen dokumentiert	Verein für multi-kulturelle Kinder- und Jugendhilfe und Migrationsarbeit, Ifak e.V.	-	47.980,35 €

Eine Aussage über Form und Umfang der Förderung externer Projekte im Jahr 2023 kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Brandes

Anlage 1

Projektbezeichnung	Träger	Förderung über Kapitel 06 070 Titel 684 22	Förderung über Kapitel 06 070 TG 60
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Regierungsbezirk Arnsberg	Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen	92.700 €	148.300 €
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Regierungsbezirk Detmold	Arbeit und Leben im Kreis Herford DGB/VHS e.V.	92.700 €	180.860 €
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Regierungsbezirk Düsseldorf	Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.	92.700 €	256.000 €
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Regierungsbezirk Köln	NS- Dokumentationszentrum	92.700 €	109.000 €
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Regierungsbezirk Münster	Geschichtsort Villa ten Hompel	92.700 €	151.800 €
Opferberatung Rheinland	IDA-NRW	293.550 €	215.450 €
Opferberatung Westfalen	BackUp-ComeBack e.V - Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt	293.550 €	192.750 €
Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene - NinA NRW	RE/init e.V.	149.000 €	206.700 €
Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen	Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.	-	85.000 €
RE-act - Rechtsextremismus-, Rassismus- und Antisemitismusprävention in der Hochschulausbildung	Hochschule Düsseldorf	-	239.000 €

Anlage 1

Bildungsangebote in NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorten in NRW zum Thema rechtsextreme Ideologien und Erscheinungsformen in der postmigrantischen Gesellschaft (konzeptionelle Vorarbeit zu einer geplanten wiss. Konferenz)	Hochschule Düsseldorf	20.000 € -	
Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus	Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.	-	205.100 €
Re_Struct zur Praxisentwicklung für rassismuskritische und intersektionale Perspektiven in Kommunen, Institutionen und Vereinen	IDA-NRW	-	213.000 €
Förderprogramm NRWeltoffen:	Stadt Aachen Städteregion Aachen Stadt Bielefeld Stadt Bottrop Stadt Dortmund Stadt Duisburg Kreis Düren Stadt Essen Kreis Euskirchen Stadt Gelsenkirchen Stadt Hamm Kreis Heinsberg Kreis Herford Stadt Köln Kreis Mettmann Kreis Minden-Lübbecke Oberbergischer Kreis Stadt Oberhausen Kreis Paderborn Stadt Remscheid Rhein-Erft-Kreis Stadt Solingen Stadt Wuppertal	73.500 € 73.500 € 73.500 € 68.977 € 78.860 € 73.500 € 73.500 € 67.345 € 80.700 € 73.500 € 73.500 € 73.500 € 73.500 € 73.500 € 80.000 € 48.000 € 70.000 € 78.500 € 73.500 € 56.000 € 73.485 € 73.500 € 102.100 € 73.500,00 €	